



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Gemeinderatsfraktion ■ Universitätsstadt Tübingen

Dr. Martin Sökler
Dorothea Kliche-Behnke
Andrea Le Lan
Amely Krafft
Gertrud Miller-Poth
Hannah Tiesler
Klaus te Wildt

Antrag:

Die Stadtverwaltung entwickelt in Kooperation mit den Stadtwerken und ggf. dem Landkreis und dem Naldo Modelle, wie Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien vergünstigt bzw. umsonst den Tübinger SVT benutzen können. Für die jeweiligen Modelle werden die Kosten ermittelt. Die Stadtverwaltung legt die Modelle dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vor

Dabei sollen unter anderem folgende Modelle betrachtet werden:

- Verbilligte Monatskarte für Kinder und Jugendliche mit KreisBonusCard
- Verbilligte Abo-Karte für Kinder und Jugendliche mit KreisBonusCard
- Kostenfreie Monatskarte bzw. Abo-Karte Kinder und Jugendliche mit KreisBonusCard
- Einkommensabhängige Preise für Schülermonatskarten

Begründung:

Der Abschlussbericht über das Projekt "Gute Chancen für alle Kinder - mit Familien aktiv gegen Kinderarmut" machte sehr deutlich, dass auch in unserer Stadt Armut und fehlende Teilhabe von Familien und Kindern reale Probleme sind. Als eines der führenden Probleme wurden bei der Untersuchung die Preise im ÖPNV genannt, die Mobilität und damit Teilhabe verhindern.

Zudem bestehen strukturelle Ungerechtigkeiten im aktuellen Preisgefüge. Während Studierende weniger als 13 €/Monat bezahlen, kostet das Schülermonatsticket 33 Euro. Während es eine Monatskarte für Erwachsene mit KreisBonusCard zu 27,50€ gibt, existiert ein solches Angebot nicht für Kinder und Jugendliche. Dies führt dazu, dass Erwachsene mit BonusCard günstiger als ihre Kinder in Tübingen unterwegs sind.

Nachdem auf Landesebene aktuell ohnehin eine Umstellung des Fördersystems für den ÖPNV geplant ist, ist jetzt der richtige Zeitpunkt, hier Veränderungen anzugehen.

In Tübingen wird das Modell „TüBus umsonst“ seit Jahren diskutiert. Eine Einführung mittels eines großen Wurfs ist aufgrund der hohen Kosten, der fehlenden Finanzierung und auch der fraglichen Akzeptanz in der Bevölkerung nicht zu erwarten. Kleinere Schritte beginnend bei den Benachteiligten in unserer Stadt sollten wir aber jetzt unternehmen.

Für die SPD-Fraktion
Dr. Martin Sökler

